

Stand: 02.05.2026 20:35:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/27978

"Haushaltsplan 2023; hier: Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen (Kap. 03 03 Tit. 681 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27946 des HA vom 16.02.2023
2. Initiativdrucksache 18/27978 vom 20.03.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 141 vom 29.03.2023 (EPL 3)

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27946 des HA vom 16.02.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Hans Herold, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Harald Kühn, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Walter Nussel, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Dr. Ludwig Spaenle, Klaus Stöttner, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU

Haushaltsplan 2023;

**hier: Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen
(Kap. 03 03 Tit. 681 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 03 03 wird der Ansatz im Tit. 681 01 (Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen) von 1.700,0 Tsd. Euro um 850,0 Tsd. Euro auf 2.550,0 Tsd. Euro erhöht.

Zur Deckung wird in Kap. 03 02 der Ansatz im Tit. 972 06 (Globale Minderausgabe zum Haushaltsabgleich 2023) von -91.929,3 Tsd. Euro um -850,0 Tsd. Euro auf -92.779,3Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Der demographische Prozess bedingt einen wachsenden Ersatzbedarf im Bereich ausgebildeter Fachkräfte, die über Fortbildungsmaßnahmen dazu befähigt werden, Führungs- und Ausbildungsaufgaben wahrzunehmen. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass das zur Verfügung stehende Fachkräftepotenzial nur sehr begrenzt quantitativ ausgeweitet werden kann. Daher ist es erforderlich, parallel zu Maßnahmen der Fachkräftegewinnung auch die Qualität des Leistungsvermögens des bestehenden Arbeitskräftepotenzials im Wege der Fortbildung weiterzuentwickeln. Dieser Prozess wird allerdings dadurch gehemmt, dass andere Bildungszweige in der öffentlichen Wahrnehmung eine geringere Wertigkeit haben als die akademische Bildung.

Mit dem Ziel einer breiten, fachlich hochwertigen und bedarfsorientierten Absicherung des Fachkräftebedarfs und als Instrument zur Steigerung der Attraktivität der beruflichen Bildung soll der bayerische Meisterbonus rückwirkend zum 1. Januar 2023 und

langfristig von bisher 2.000 Euro auf 3.000 Euro erhöht werden. So wird innerhalb des bestehenden, bewährten Systems ein klares Zeichen für die Bedeutung der beruflichen Bildung gesetzt. Zugleich wird damit nahezu eine Kostenfreiheit der Meisterfortbildung erreicht. Eine Erhöhung des Meisterbonus auf 3.000 Euro bedeutet einen zusätzlichen Mittelbedarf in Höhe von insgesamt rund 28 Mio. Euro jährlich, davon 0,85 Mio. Euro im Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (StMI). Die Finanzierung der für 2023 erforderlichen zusätzlichen Mittel im Bereich des StMI erfolgt durch Erhöhung der globalen Minderausgabe in gleicher Höhe.

Die für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft geltende Feststellung, dass qualifizierte Fachkräfte Dreh- und Angelpunkt für die Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe und entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts seien, ein wachsender Ersatzbedarf für Fach- und Führungskräfte bestünde und das zur Verfügung stehende Fachkräftepotenzial nur sehr begrenzt quantitativ ausgeweitet werden könne, gilt 1 zu 1 auch für den öffentlichen Dienst. Auch hier ist es für die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes insbesondere auch im kommunalen Bereich sehr wichtig, dass weiterhin möglichst viele Tarifbeschäftigte an dem von der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) veranstalteten Beschäftigtenlehrgang II erfolgreich mit dem Abschluss als Verwaltungsfachwirtin sowie Verwaltungsfachwirt teilnehmen oder den Abschluss als geprüfte Meisterin und geprüfter Meister für Bäderbetriebe, geprüfte Abwassermeisterin und geprüfter Abwassermeister, geprüfte Wassermeisterin und geprüfter Wassermeister oder geprüfte Meisterin und geprüfter Meister für Kreislauf- und Abfallwirtschaft und Städtereinigung erlangen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Barbara Becker

Abg. Dr. Martin Runge

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Stefan Löw

Abg. Klaus Adelt

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Holger Dremel

Abg. Robert Riedl

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Oskar Atzinger

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe trotzdem **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 03

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/26501 mit 18/26510, 18/26892 und 18/26919)

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/26495 mit 18/26500, 18/27978)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/26459 mit 18/26474)

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion (Drsn. 18/26473 und 18/26474)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/26475 mit 18/26494)

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/26449 mit 18/26456)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/26457 und 18/26458)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt: CSU 13 Minuten, GRÜNE 8 Minuten, FREIE WÄHLER 7 Minuten, AfD und SPD je 6 Minuten, FDP 5 Minuten, Staatsregierung 13 Minuten und fraktionslose Abgeordnete je 2 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/26466 und zu dem interfraktionellen Änderungsantrag auf Drucksache 18/26473 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist die Frau Kollegin Barbara Becker. – Bitte schön, Frau Abgeordnete Becker, Sie haben das Wort.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist Sicherheitsland. – Das sagt sich so leicht, und wir können stolz darauf sein: höchste Aufklärungsquote, niedrigste Kriminalitätsquote. Das heißt, dass bei uns auch die Prävention funktioniert. Das Leben ist aber mehr als ein Ländervergleich oder eine Statistik.

Für unsere Polizistinnen und Polizisten, für die Feuerwehrleute, die Ehren- und Hauptamtlichen im Rettungsdienst und für ihre Angehörigen – ich gehöre dazu – bedeutet es bei jedem Einsatz zu hoffen, dass alle wieder gesund und gut nach Hause kommen. Vielen Dank allen Mitgliedern der Blaulichtfamilie für ihren Dienst! Sie machen Bayern zum Sicherheitsland Nummer eins.

(Beifall bei der CSU)

Zum Haushalt. Wir schauen uns mal den Gesamthaushalt des Innenministeriums an. Der Haushalt erhöht sich um 456,7 Millionen Euro auf jetzt 7,328 Milliarden Euro. Das ist eine beträchtliche Summe Geld. Davon investieren wir 63 % ins Personal – das Innenministerium ist ein Personalschwerpunkt –, 4,6 Milliarden Euro. Besonders hervorzuheben sind die 500 neuen Stellen bei der Polizei. Im Koalitionsvertrag für ein bürgernahes Bayern haben wir festgelegt, dass wir 45.000 Stellen bei der Polizei bis zum Jahr 2023 erreichen wollen. Das schaffen wir damit.

Auch die Staatlichen Feuerweherschulen erhalten mehr Personal: sechs neue Stellen. Wir unterstützen da zum Beispiel auch die Feuerwehrerlebniswelt in Augsburg

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr gut!)

mit einer Fraktionsinitiative – das ist quasi unser Innovationsfonds –, weil wir bei der Feuerwehrerlebniswelt in Augsburg sowohl Informationen über die Blaulichtarbeit als auch vielleicht Nachwuchsgewinnung bewirken.

Beim Blick in den Sachhaushalt sehen wir die Haushaltsmittel für die Integration von Zuwanderern sowie für die Unterbringung von Asylbewerbern und -bewerberinnen, die

insgesamt 1,6 Milliarden Euro ausmachen. Wir können uns alle denken, warum das so ist: ein stetig anhaltender Zustrom von Asylbewerbern und -bewerberinnen, von Geflüchteten aus der Ukraine und auch der Zuzug ehemaliger afghanischer Ortskräfte und besonders schutzbedürftiger afghanischer Staatsangehöriger. Wir brauchen mehr Übergangwohnheime, wir brauchen Flüchtlings- und Integrationsberatung. Dafür stehen beträchtliche Summen in diesem Haushalt.

Beim Digitalfunk BOS geht es um etwas ganz anderes. Es war ein großer Wunsch und ein Anliegen unserer örtlichen Rettungskräfte, dass wir in eine 72-Stunden-Notstromversorgung der Funkmasten investieren, und es war unser Anliegen, das Digitalfunkzugangnetz in die Hoheit des Freistaates Bayern zu übernehmen. Deshalb ist der Etat noch mal um 40 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro angewachsen.

Zum Thema Polizei und Rettungskräfte sagt mein Kollege Holger Dremel nachher noch viel mehr; er ist Polizist, er kann aus seinem Fachbereich berichten.

Ich komme jetzt noch zum Sport; denn das Ministerium heißt auch "Sportministerium". Für die Sportförderung stehen im Jahr 2023 rund 81,6 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind noch mal über 1,5 Millionen Euro mehr als im letzten Jahr. Daraus wird zum Beispiel die Vereinspauschale bezahlt. Wir haben jetzt das dritte Jahr in Folge die Vereinspauschale verdoppelt, damit jeder Verein die Chance hat, nach der Corona-Zeit wieder gut auf die Füße zu kommen. Darin sind aber auch Zuschüsse für Investitionen der Vereine, für laufende Zwecke der Verbände, Zuweisungen und Zuschüsse für verschiedene Einzelinvestitionsmaßnahmen enthalten, also alles, was der Sport braucht – für Gebäude, aber auch für Menschen.

Christsoziale und FW haben noch einige Änderungsanträge eingebracht. Die Sportarena Ruhpolding wird gefördert. Es gibt ein wunderbares kleines Programm "Bayern bewegt sich", mit dem sozusagen Couch-Potatoes in Bewegung gebracht werden sollen. "Sport schafft Heimat" ist ein Projekt, das für Integration von Geflüchteten sorgt.

Sport ist ein heilsames Mittel. Wir unterstützen auch das Nachwuchsleistungszentrum in Gundelfingen.

Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Notruf 112 – auch dazu sagt der Kollege Dremel nachher noch mehr.

Insgesamt können wir im Jahr 2023 für den vollständig aus der Feuerschutzsteuer finanzierten Feuerwehrbereich insgesamt 95,7 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Nur zum Vergleich: Das sind noch mal 3,7 Millionen Euro mehr als letztes Jahr.

Das Katastrophenschutzprogramm Bayern 2030 kann weitergeführt werden. Für die Integrierten Leitstellen haben wir 24 Millionen bereitgestellt.

Wir haben noch ein paar kleinere Dinge eingebracht: 2 Millionen mehr für die Ausbildung von Notfallsanitätern und – was mich besonders freut – die App-basierte Alarmierung von Ersthelfern. Sie ist wichtig, weil es bei Herz-Kreislauf-Stillstand um jede Sekunde geht, und je besser und je schneller Ersthelfer informiert werden, desto sicherer sind die Menschen in Bayern.

Natürlich hätten wir Christsoziale und FW noch viele weitere Ideen, was wir tun könnten. Wir wollen aber gut mit dem Steuergeld der bayerischen Steuerzahler umgehen; manche Ideen bleiben Träume fürs nächste Jahr.

Der Haushalt ist gut aufgestellt. Was uns eine Richtschnur ist: Wir wollen wenig versprechen und viel halten, und wir wollen das, was wir zusagen, auch durchhalten können. Da nehme ich noch mal ein Beispiel aus dem Sport. Innere Sicherheit ist kein kleiner Sprint, nach dem man sich cool in den Zieleinlauf stellt und ein Selfie macht, sondern sie ist ein Marathon oder vielleicht sogar ein Ultralauf. Die Rettungskräfte, die Polizei und die Sportler können sich dessen sicher sein: Wir als Christsoziale laufen diesen Ultralauf mit, verlässlich.

Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Abgeordnete Dr. Martin Runge von der Fraktion der GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Geschäftsbereich des Bayerischen Innenministeriums umfasst bekanntlich zahlreiche Aufgabenfelder: Das geht vom Kommunalwesen über die öffentliche und zivile Sicherheit, die Aufenthalts-, Asyl- und Integrationspolitik, den Sport bis hin zu mehreren Einzelfeldern. Auf einzelne der wesentlichen Themenfelder, die bei uns im Innenausschuss behandelt werden, erlaube ich mir jetzt kurz einzugehen.

Zum Sport – Kollegin Becker hat es angesprochen: Die Unterstützung des Sports ist uns allen hier im Haus wichtig, weil wir um die Bedeutung und den Nutzen des Sports, vor allem des Vereinssports, wissen. Gesundheitsvorsorge, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Inklusion und Integration und, ganz wichtig, Kinder- und Jugendarbeit ist zum großen Teil auch klassische Jugendsozialarbeit. Es ist allen klar, dass es hier um eine wichtige Aufgabe geht. Wir begrüßen die Unterstützung des Vereinssports. Ich mache noch eine kleine Anmerkung zur Neufassung der Sportförderrichtlinie: Herr Minister, uns wäre da sogar die erste Version aus Ihrem Hause lieber als das gewesen, was dann herausgekommen ist – Stichwort: Koppelung der Vereinsförderung nach den Mitgliederzahlen an die vorgelegten Übungsleiter- und Trainerinnenscheine.

Zum Thema innere Sicherheit: Ja, Bayern kann Sicherheit im Großen wie im Kleinen; Beispiele sind der G7-Gipfel oder auch die Sicherheitskonferenz. Beim Aufwuchs der Stellen bei der Polizei mäkeln wir nicht herum, sondern unterstützen und begrüßen das. Frau Becker, manches Mal erlauben wir uns auch, dort Änderungsanträge einzubringen, um es noch zu verbessern. Es ist einfach schade, dass sämtliche Anträge von uns – heute geht es ja um die Änderungsanträge zu den Haushalten – von den Regierungsfractionen aus Prinzip abgelehnt werden.

Exemplarisch nenne ich einige unserer aktuellen Haushaltsanträge: "Mehr Waffenkontrolle durch die Landratsämter", "Bessere Ausstattung von Feuerweherschulen", "Sanierung von Feuerwehrrhäusern fördern", "Stellen für eine Lehrgruppe zur Aus- und Fortbildung der Führungsgruppen im Katastrophenschutz", "PSNV-E – Psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte im Katastrophenschutz", "Sirenen-System in Bayern weiter ausbauen" und vieles andere mehr. In unseren Augen sind das wichtige Anträge und Anliegen; Sie hätten gerne zustimmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klar ist, dass es im Kernbereich der Innenpolitik vor allem auch um die richtige Balance von Sicherheit auf der einen Seite und Freiheit auf der anderen Seite geht. Da schlägt unseres Erachtens das Pendel doch manches Mal zulasten der Freiheit aus. Frau Demirel, ich bringe nur zwei Stichworte, weil es die Zeit bedauerlicherweise nicht anders erlaubt: erstens das berühmt-berüchtigte Polizeiaufgabengesetz – Stichwort: drohende Gefahr und Präventivgewahrsam – sowie zweitens die Anschaffung und der vorgesehene Einsatz der – ich nenne es einmal weiterhin – Verknüpfungsoftware VeRA der Firma Palantir. Da gilt es selbstverständlich, doch noch die eine oder andere kritische Frage zu stellen.

Bei der exemplarischen Aufzählung unserer Anträge hatte ich ganz kurz das Thema Katastrophenschutz angerissen. Es ist leider notwendig und richtig, dass auf den Zivilschutz, für den der Bund zuständig ist, und auf den Katastrophenschutz, für den die Länder zuständig sind, ein größeres Augenmerk als bisher gerichtet wird und dass damit auch die zuständigen Rettungs- und Hilfsorganisationen stärker im Fokus stehen.

Es gab die Corona-Pandemie, jetzt gibt es den Überfall Russlands auf die Ukraine, mehr und mehr flüchtende Menschen – Sie hatten es angesprochen, Frau Becker –, die Auswirkungen auf die Energieversorgung, die Gefahr von Energiemangellagen sowie auch die Gefahr von Cyberangriffen. All das betrifft das Thema der inneren Si-

cherheit. Es stellt aber auch den Kommunalsektor vor gewaltige Herausforderungen. In diesem Kontext ein Dank an all die vielen Menschen, die uns geholfen haben, die Krisenlagen einigermaßen gut zu bewältigen.

Noch ganz kurz zwei Stichworte zum Thema Kommunales: Der Aufwuchs beim kommunalen Finanzausgleich ist angesichts der Aufgabenmehrung sehr wichtig, aber zu diesem Selbstlob, das wir immer erleben, muss man schon Folgendes sagen: Dieser Aufwuchs ist in erster Linie dem Aufwuchs der Gelder im allgemeinen Steuerverbund zu verdanken. Bei der Erweiterung des Verbotskatalogs im Kommunalabgabengesetz, wie dem Verbot einer möglichen Einführung einer Übernachtungssteuer, haben Sie das Steuerfindungs- und Erhebungsrecht der Kommunen weiter beschnitten. Sie haben das im Omnibusverfahren, also im Zuge der Behandlung und Verabschiedung eines Ausführungsgesetzes zum Bundesmeldegesetz gemacht, nur um einer Anhörung der kommunalen Spitzenverbände aus dem Weg gehen zu können. Das ist alles andere als kommunalfreundlich; das war und ist kommunalfeindlich.

Ein letzter Gedanke: Ich möchte meinen Kurzbeitrag nutzen, um der Kollegin und den Kollegen im Innenausschuss für das gute Zusammenwirken zu danken. Selbstverständlich gilt der Dank auch dem Landtagsbeauftragten und auch Ihnen, Herr Minister: Sie sind immer wieder und so häufig wie kein anderer Minister bei uns im Ausschuss aufgeschlagen, um Bericht zu erstatten und Rede und Antwort zu stehen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Dr. Runge. – Nun rufe ich den Kollegen Wolfgang Hauber von den FREIEN WÄHLERN auf. Bitte schön, Herr Kollege Hauber.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man nach dem Koalitionspartner redet, dann ist vieles schon gesagt. Ich danke der Kollegin Barbara

Becker dafür, dass sie einen Durchritt durch die Zahlen des Einzelplans 03 gemacht hat. Sie werden mir sicher nachsehen, wenn ich nur einige Schlagworte zu meinem Schwerpunktthema Polizei liefere.

Der Einzelplan 03 reagiert auf besondere Belastungssituationen. Bayern befindet sich seit Jahren in einem sicherheitsrechtlichen Ausnahmezustand. Hier ist insbesondere auf die sicherheitsrechtlichen Aspekte der Corona-Pandemie und die Folgen der kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine zu verweisen. Diese Ereignisse haben ebenso Einfluss auf den Einzelplan wie grundsätzliche Erkenntnisse der letzten Haushaltsjahre. Wir von der FREIEN-WÄHLER-Landtagsfraktion stehen für die ausgewogene Balance von Freiheitsrechten und Sicherheit.

Hierfür ist eine angemessene Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden mit qualifiziertem Personal unerlässlich. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Aufstockung der Polizei um weitere 500 neue Stellen – ich persönlich bin davon überzeugt, dass das auch in den nächsten Jahren noch erforderlich sein wird – und die Bereitstellung zusätzlicher Sach- und Investitionsmittel in Höhe von 16,6 Millionen Euro für die Polizei.

Der Haushalt der bayerischen Polizei erreicht damit ein Rekordvolumen von rund 515,1 Millionen Euro; hinzukommen die Anpassungs- und Optimierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Digitalfunk BOS, die sich der Freistaat 2023 weitere 150 Millionen Euro kosten lässt. Das sind die wichtigsten Gesamtmaßnahmen im Einzelplan 03, um Bayern auch in Zukunft sicher und modern zu erhalten.

Daneben gibt es eine große Zahl von Einzelmaßnahmen, die wir in Angriff genommen haben. So hat sich die Bayernkoalition dafür starkgemacht, dass unsere Unterstützungskommandos der Polizei eine angemessene Sachausstattung erhalten. Hier können wir mit vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln etwas Unbezahlbares zum Ausdruck bringen: Wertschätzung! Wertschätzung für die unbezahlbare Einsatzbereitschaft der für unsere Sicherheit tätigen Beamten. Gleiches gilt für die zusätzlichen Mittel zur Sicherung digitaler Fahrzeugspuren – was aus meiner Sicht ein innovativer An-

satz ist –, die Förderung der Tatort-/Spurensicherungsstraße am Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei in Ainring, die Beschaffung eines Fahrsimulators bei der Bereitschaftspolizeiabteilung in Nürnberg sowie die Erhöhung der Mittel für die digitale Ausbildung bei der bayerischen Polizei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Standpunkt ist hinreichend klar geworden. Wir wollen unseren, der bürgerlichen Freiheit verpflichteten Freistaat funktionsfähig erhalten. Hierfür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Es gilt der Grundsatz, dass jeder Euro, der in einen qualitativ hochwertigen Sicherheitsstandard investiert wird, gut angelegt ist. Ich bitte, dem Einzelplan 03 zuzustimmen. Auch das ist eine Art von Wertschätzung gegenüber unseren Sicherheitskräften und geht weit über den bloßen Dank für die engagierte Arbeit hinaus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hauber. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Stefan Löw von der AfD. Bitte schön, Herr Löw.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Änderungsanträge zum Haushalt des Innenministeriums sollen vor allem längst überflüssiges Einsparpotenzial aktivieren. Im Gegenzug wollen wir die Polizei, das LKA und die Verwaltungsgerichte stärken und entlasten. Dies ist besonders aufgrund der seit 2015 ungebremsten Asylflut dringend notwendig. Die Flüchtlingswelle aus der Ukraine im letzten Jahr kam hier als zusätzliche Belastung dazu. Nur 2 % der Asylbewerber erhalten Asyl, und nur diese dürften eigentlich hierbleiben. Die Anträge des Großteils der Asylbewerber werden abgelehnt, aber sie klagen dagegen und verstopfen damit unser Rechtssystem an den Verwaltungsgerichten.

Um die Wartezeit der Verfahren zu verkürzen, die Rechtssicherheit zu wahren und den Rechtsstaat zu stärken, ist es notwendig, hier neue Stellen zu schaffen sowie die Be-

züge zu erhöhen. Die Kriminalität insbesondere bei Asylbewerbern bedeutet höhere Belastung und mehr Arbeit für die Landespolizei und das Landeskriminalamt. Allein die Gruppe der Zuwanderer macht bundesweit 310.000 der Tatverdächtigen aus. Wie jedes Jahr verzeichneten wir auch diesmal wieder einen Anstieg, und zwar um ganze 35 %. Deswegen ist es notwendig, mehr Geld auszugeben, um mehr Polizisten auf die Straße zu bekommen. Denn das Geld ist da. Es muss nur sinnvoll umverteilt werden.

Für viele Titel im Haushalt ist eigentlich der Bund als Verursacher zuständig. Dazu zählen insbesondere die Zuwanderungs- und Integrationsfonds, die Erstattungen an Gemeinden, Mehraufwandspauschalen für die Kassenärztliche Vereinigung und Mittel für die Betreuung und Beratung von Asylbewerbern. Dafür soll dann auch der Bund aufkommen. Diese Kosten könnten, nein, müssten sogar reduziert werden, und zwar rein durch Beschränkung auf die Gruppe der anerkannten Asylbewerber. Was Integrations- und Sprachkurse angeht: Abgelehnte Bewerber brauchen diese nicht.

(Beifall bei der AfD)

Die Kurse sind oft nicht gewollt und auch nicht notwendig. Notwendig sind dagegen mehr Abschiebeplätze.

Die GRÜNEN wollen in ihren Anträgen die Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung erhöhen und mehr Förderung für die Ausbildung im Bereich der Integration. – Das wird nichts an den Problemen ändern, die wir eigentlich haben. Aber das ist Ihnen von den GRÜNEN auch bewusst und egal. Ihnen geht es sowieso nur darum, der Lobbygruppe der Asylindustrie noch mehr Geld in den Rachen zu werfen.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Kommen wir zum Lieblingsthema der Regierung unter Grün, dem Klima. Wir können nicht mit mehr Steuergeldern die Welt retten. Das kleine Bayern im kleinen Deutschland kann den weltweiten CO₂-Ausstoß nicht wesentlich beeinflussen, schon gar nicht, wenn beispielsweise China den Ausstoß weiter erhöht. Aber CO₂-Zertifikate sollen es

richten – der moderne Ablasshandel der Klimareligion. Nicht mit uns! Dieser Titel gehört ersatzlos gestrichen. Wir brauchen auch nicht Photovoltaik auf staatlichen Dächern, solange wir keine Lösung dafür haben, die überschießende Strommenge zu speichern, und wir noch nicht mal Leitungen schaffen, um den Strom zu transportieren. Die Stromversorgung wird dadurch nicht billiger und schon gar nicht sicherer. Und das zählt aktuell mehr denn je.

Für die Beauftragten der Staatsregierung sind sämtliche Mittel zu streichen. Von den Kosten mal abgesehen, stehen diese in der Kritik. Die Unabhängigkeit, die Kontrollfunktion des Parlaments, also auch die Gewaltenteilung und die Begrenzung der Staatsregierung gemäß Artikel 43 der Bayerischen Verfassung, sind gefährdet. Demzufolge gehören diese Stellen komplett weg.

Was war noch? – Ah ja, das "Bündnis für Toleranz", besser "Bündnis für Linksextremismus" genannt,

(Beifall bei der AfD)

verschreibt es sich doch rein einseitig dem Kampf gegen Rechtsextremismus

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

und fördert damit unmittelbar die extrem Linken. Das ist eines demokratischen und zur Neutralität verpflichteten Staates unwürdig. Sämtliche Unterstützungen hier müssen ebenfalls sofort gestoppt werden.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Löw. – Dann komme ich zum nächsten Redner. Es ist der Abgeordnete Klaus Adelt von der SPD-Fraktion. Herr Kollege Adelt, bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD – Holger Dremel (CSU): Klatscht ihr jetzt auch schon?)

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bei so einem Vorredner immer schwierig, dann die richtigen Worte zu finden; denn da bleibt einem oft erst einmal die Luft weg.

(Lachen bei der AfD)

Ich will mich auf das Wesentliche konzentrieren und nicht auf krude Thesen, die dort verbreitet werden. Es macht keinen Sinn.

(Beifall bei der SPD)

Zum Einzelplan 03: Da gibt es ein sehr breites Themenspektrum von Sicherheit durch Polizei und Feuerwehr über Sport, Sportförderung, Integration bis hin zum Kommunalen.

Zur Sicherheit und zur Feuerwehr: Wir in der SPD stehen an der Seite unserer Polizeieinsatzkräfte. Dies sind Bürgerinnen und Bürger in Uniform. Sie sind genauso wie Feuerwehr und Rettungsdienste Säulen unserer Gesellschaft. Unser Augenmerk gilt den Ehrenamtlichen, aber gerade auch in der Polizei den Besoldungsgruppen, die nicht ganz oben sind. Es geht um diejenigen, die in den unteren Besoldungsgruppen mit dem Geld zu kämpfen haben, das sie bekommen, und das ist oftmals relativ wenig.

Trotz des angekündigten Stellenaufwuchses schieben unsere Polizistinnen und Polizisten immer noch Tausende von Überstunden vor sich her. Es ist bereits erwähnt worden: G7 und vor allen Dingen das Anwachsen der Aufgaben sind wichtige Gründe dafür. Wir haben ganz neue Arten von Kriminellen im Jogginganzug und sonst wo, sprich Cybercrime. Auch bei der Polizei muss man dem gewachsen sein. Es ist schade, dass man unseren Änderungsantrag für die Gruppe der Unterstützer, für die Sicherheitswacht und für die Erhöhung der Entschädigung, abgelehnt hat.

Für die Polizei ist aber auch eine sehr gute Ausstattung notwendig. Dazu stehen wir. Ich hoffe, dass diese Ausstattung noch besser und noch schneller wird, wenn das Beschaffungsamt endlich in Hof ist.

(Beifall bei der SPD)

– Es ist Applaus aus dem Ballungsraum München, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Doch jetzt zur zweiten wichtigen Säule: zu der Ausstattung der Feuerwehren. Dank der erhöhten Zuschüsse sind die Fahrzeuge auf einem sehr guten Stand. Das ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Aber die Feuerwehrgerätekäuser sind auch eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Viele kleine Wehren schließen sich zusammen und brauchen dann ein größeres Feuerwehrhaus. Unser Antrag, das genauso zu bezuschussen, wurde abgelehnt, ebenso wie die Sanierung von Feuerwehrgerätekäusern. Das wäre ganz wichtig, um Geld zu sparen und so das "graue Gold" voll auszunutzen. Schade.

Zu meinem Lieblingsthema, den Kommunen. Die Kommunen sind Teile der Länder, nicht des Bundes. Der Freistaat muss sich um eine ausreichende Finanzierung kümmern. Wenn es um die Finanzierung geht, gibt es immer wieder eine allseits gebrauchte Floskel: Das FAG ist auf einem Rekordniveau. Es war noch nie so groß, und es war noch nie so gut.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Es ist doch so!)

– Es kann immer noch größer sein, Herr Bausback. Aber das können wir noch klären. Die Kommunen brauchen das Geld nicht zum Rauswerfen, sondern sie haben viele Pflichtaufgaben. Sie brauchen mehr Mittel. Noch anzumerken ist: Diese Mittel werden nicht im Finanzministerium erwirtschaftet, sondern in den Kommunen durch die Betriebe und durch die Bürgerinnen und Bürger. Uns wäre eine Erhöhung der Verbundquote zehnmal lieber als ein Vorgehen über 200 einzelne Förderprogramme. Die Kommunen wissen selber, wie das Geld einzusetzen ist und wo es gebraucht wird.

(Beifall bei der SPD)

Kommunen brauchen auch mehr Geld, weil sie neue Aufgaben haben. Ich denke nur an die IT-Vorgänge, die vom Obersten Rechnungshof bei den Schulen angemahnt worden sind. Häufig machen die ITler in den Rathäusern auch die Hardware-IT in den Schulen. Solche Menschen kosten gutes Geld, weil sie gute Arbeit leisten.

Die Bauämter brauchen häufig neue Stellen, alleine schon für den Wust an Ausschreibungen, die sie zu bewältigen haben. Ich will hier nur das Beispiel Dachau erwähnen. Da sind zwei Mann nur dabei, korrekte Ausschreibungen zu machen.

Flüchtlingspolitik und Integration verursachen ihre Kosten in den Gemeinden, und die werden nicht vollständig ersetzt. Die Ganztagesbetreuung, die kommt, wird zum großen Teil auf die Schultern der Gemeinden gelegt.

Ihr sagt immer, wir jammern so dahin, uns geht es doch allen gut. – Gestern hieß es bei "BR24": Lindau und Füssen sind am Limit, zum einen, weil sie sehr hohe Schulden haben, zum anderen, weil sie zu viele Aufgaben haben. Das sind weiß Gott keine SPD-geführten Gemeinden,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Gott sei Dank!)

sondern es ist unisono ein großes Problem. – Du sagst "dank dessen", aber ihr Schwaben – – Na ja, ich will nichts sagen. Ich habe einen eigenen Schwaben vor mir sitzen.

Konnexität ist oftmals ein Problem für die Staatsregierung. Ich erinnere nur: Hallenbadsanierung. Ich erinnere nur an die Erhöhung der Kostenrichtwerte bei Hochbauten. Das Geld fehlt hinten und vorne. Die Gemeinden kommen nicht nach. Städtebauförderung, RZWas, Klimawandel – die Zeit ist zu kurz, um das ausdiskutieren. Der Staat hat durch die Inflation Rekordeinnahmen, den Gemeinden geht durch die steigenden Kosten das Geld aus.

Eines zum Schluss: Der CDU-Redner im "Morgenmagazin" hat heute von "Chaos in Berlin" gesprochen. – Dort werden die Probleme an zwei Tagen wenigstens noch diskutiert!

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): In Bayern geht es schneller!)

– Herr Kollege Prof. Bausback, hier in Bayern geht es schneller: Hier werden die Anträge der Opposition schon abgelehnt, bevor sie überhaupt geschrieben worden sind.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, das bestreiten wir!)

Das halte ich nicht für sehr demokratisch. Bei so vielen abgelehnten Änderungsanträgen müssen wir eben den großen Haushalt auch ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Adelt. – Ich darf den nächsten Kollegen aufrufen. Das ist der Abgeordnete Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion. Lieber Herr Kollege Muthmann, bitte schön.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Einzelplan 03 in fünf Minuten umfassend zu würdigen, ist nicht möglich. Ich möchte deshalb ein paar Punkte herausgreifen und mit einem besonders erfreulichen beginnen: Sehr geehrter Herr Minister, bei der Sportförderung wurde die Vereinspauschale nunmehr im dritten Jahr verdoppelt. Das ist angemessen und sachlich richtig. Das verdient auch deshalb eine besondere Hervorhebung, weil dieses Förderprogramm, das in der Corona-Zeit entstanden ist, das einzige ist, das unbürokratisch, einfach, transparent und wirksam aufgesetzt worden ist. Viele Kolleginnen und Kollegen können sich davon eine Scheibe abschneiden.

Bei den Themen Sport und Vereinssport, für die Sie verantwortlich zeichnen, möchte ich Sie aber dringend bitten, sich in die Debatten zur Bildungsarbeit in den Ganztags-

grundschulen einzumischen, damit dort die Bildungsarbeit mit den sportlichen Aktivitäten der Vereine verschränkt wird. Das ist im Interesse unserer Grundschülerinnen und Grundschüler, es ist aber auch im Interesse der Nachwuchsgewinnung für die Vereine.

Wir werden auch morgen noch Gelegenheit haben, über den kommunalen Finanzausgleich zu sprechen. Wir hören täglich, dass er eine Rekordhöhe erreicht hat.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Das ist die Wahrheit!)

– Ja. Sehr geehrter Herr Finanzminister, wahr ist aber auch, dass viele Gemeinden nicht nur auf Bedarfszuweisungen, sondern auch auf Stabilisierungshilfen angewiesen sind. Das ist ein Signal dafür, dass die Mittel, die im kommunalen Finanzausgleich systemisch verteilt und umverteilt werden, nicht auskömmlich sind. Hier bedarf es immer noch zusätzlicher Stabilisierungshilfen. Das Ziel des kommunalen Finanzausgleichs müsste es sein, dass wir von diesen Stabilisierungshilfen wegkommen, weil im Gesamtsystem auch die wirtschaftsschwächeren Kommunen auskömmlich ausgestattet werden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Herr Staatsminister, wir erkennen an, dass Bayern, Sie und die Polizistinnen und Polizisten Sicherheit können. Wir werden deshalb dem Einzelplan 03 zustimmen. Wir sind der Meinung, dass im Gesamthaushalt die Weichen für die Personalausstattung und die Sachausstattung richtig gestellt wurden. Neben der Bildung ist die Sicherheit eine der zentralen Aufgaben des Freistaats.

Die Aufklärungsquoten sprechen eine klare Sprache. Hier ist Bayern im Ländervergleich an der Spitze. Das verdient Anerkennung. Allerdings gibt es eine Reihe von Themen, bei denen wir uns mehr und effizientere Arbeit vorstellen könnten. Ich nenne ganz kurz ein paar Beispiele: Angesichts der Vielfältigkeit der Aufgaben müssen vermehrt Fortbildungen für Polizistinnen und Polizisten durchgeführt werden. Hier muss mehr getan werden.

Zum Thema Effizienzsteigerung: Mit dem, was wir haben, könnten wir effizienter umgehen. In diesem Jahr musste ich zwei Anzeigen bei der Polizei aufgeben, die eine in Paris und eine bei einer bayerischen Inspektion. In Paris hat diese Anzeige die Polizisten zwei Minuten gekostet, bei der bayerischen Inspektion mussten die Polizisten eine halbe Stunde aufwenden. Hier sollten wir über die eine oder andere Optimierung nachdenken.

(Holger Dremel (CSU): Das ist bayerische Gründlichkeit!)

– Die "bayerische Gründlichkeit" ist immer die Rechtfertigung, wenn Dinge gemacht werden, die gar nicht notwendig wären. Da und dort ist auch Bedenkenträgerei im Spiel.

Wir haben aber auch eine Vielzahl unerledigter Punkte. Da geht es um Weichenstellungen, die der Minister anpacken muss. Als Beispiel nenne ich nur die Ausbildung der Sondereinsatzkommandos. Dafür gibt es seit sechs Jahren einen Bedarf; nichts ist geschehen. Was ist eigentlich mit dem Verwaltungsgericht für Niederbayern? Das wurde schon vor Jahren angekündigt; nichts tut sich. Wie steht es mit dem achten Regierungsbezirk? Hier scheint ministerieller Ungehorsam vorzuliegen, da Sie der diesbezüglichen Ankündigung des Ministerpräsidenten keinerlei Aktivitäten folgen ließen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, ich bitte Sie, auf die Zeit zu achten.

Alexander Muthmann (FDP): Im letzten Jahr waren Sie der Meinung, VeRA von Palantir ohne eine weitere gesetzliche Grundlage einführen zu können. Das hat dann doch ein bisschen am Vertrauen genagt. Wir müssen schon aufpassen, was der Minister vorschlägt und tut, wenn es um die Befugnisse geht. Das wollte ich noch sagen, bevor wir dem Einzelplan 03 zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen und rufe den nächsten Redner auf. – Es ist Herr Kollege Holger Dremel von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter Dremel.

Holger Dremel (CSU): Herr Präsident, wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich bei meinen Vorrednern gefragt, ob ich im selben sicheren, liebens- und lebenswerten Bayern lebe; denn wir sind sicher und leben in Freiheit. Die Koalition der FREIEN WÄHLER und der CSU ist auch kommunalfreundlich. Das zeigt dieser kommunale Finanzausgleich mit seinem Rekordwert wieder aufs Neue.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, als langjähriger Polizeibeamter begrüße ich es natürlich sehr, dass wir auch heuer wieder 500 neue Stellen für die Polizei schaffen konnten. Damit kommen wir unserem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, insgesamt 3.500 Stellen für die Polizei zu schaffen, nach. Dieses ehrgeizige Ziel haben wir uns in den letzten Jahren selbst gesteckt, und wir haben es auch erreicht!

Für die CSU hat die Sicherheit der bayerischen Bürgerinnen und Bürger höchste Priorität. Deshalb erhöhen wir das Budget der Polizei auf die Rekordsumme von gut 515 Millionen Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, das zeigt, dass wir in Bayern zu unserer Polizei stehen. Wir wenden deshalb enorme Mittel auf, um sie personell zu stärken und sie bestmöglich auszustatten. Lieber Herr Kollege Dr. Runge, Sie haben es bestätigt: Bayern kann Sicherheit. Dem kann ich mich nur anschließen. Das stimmt. Der Innenausschuss und das Plenum müssen dafür aber auch die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen schaffen. Ich bitte Sie, uns dabei zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Im Polizeibudget des Einzelplans 03 haben wir zusätzliche Sach- und Investitionsmittel in Höhe von 16,6 Millionen Euro bereitgestellt. Meine Damen und Herren, diese

Leistung ist umso höher einzuschätzen, weil wir wegen Lieferverzögerungen bei zwei von acht neuen Polizeihubschraubern der 4-Tonnen-Klasse im Jahr 2023 rund 5,4 Millionen Euro weniger benötigen.

Bei den Projekten unter dem Oberbegriff Mobile Police geht es um die digitale Ausbildung und die Einsatzausstattung der Polizei. Diese Projekte führen wir weiter. Unser Schwerpunkt ist die digitale Ausrüstung des Streifendienstes, der Kriminalpolizei und der Verkehrspolizei. Auch die Ausbildungsstätten für die zweite und die dritte Qualifikationsebene müssen entsprechend ausgestattet werden. Darüber hinaus stellen wir auch genügend Mittel bereit, um die IuK-Sicherheit der Sprach- und Datennetze im Polizeibereich weiter zu verbessern. Dass das angesichts der immer raffinierter vorgehenden Hacker besonders wichtig ist, versteht sich von selbst.

Auch die Mittel im BOS-Digitalfunk werden stark erhöht, nämlich um 40 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro. Außerdem werden die Investitionen für die Übernahme der Netzhoheit für eine 72-Stunden-Notstromversorgung der Funkmasten sowie die Objektversorgung von 300 Großgebäuden und Großbauten in München weitergeführt.

Weil bekanntlich auch unsere Feuerwehren für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger von überragender Bedeutung sind, erhöhen wir die Mittel für den Feuerbereich um 3,7 Millionen Euro auf insgesamt 95,7 Millionen Euro. Die Kollegin Becker hat es beim Thema Feuerweherschule bereits angesprochen: Es gibt sechs neue Stellen und letztendlich 100 zusätzliche Anwärterstellen bei den Kreisverwaltungsbehörden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz vergessen wir nicht. Für sie stehen 52,8 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist ein Plus von 1,4 Millionen Euro. Damit können wir auch das Katastrophenschutzprogramm Bayern 2030 weiterführen. Für die ILS, die Integrierten Leitstellen, stellen wir 24 Millionen Euro bereit. Auch hier steigern wir uns um 3,7 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, mein herzlicher Dank gilt allen, die bei unseren Rettungsdiensten und auch bei den Hilfsdiensten eine so tolle Arbeit machen. Nicht zu verges-

sen natürlich die Feuerwehrkameradinnen und -kameraden und meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei. Herzlichen Dank für eure Arbeit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, anschließend möchte ich noch erwähnen, dass wir mit der Fraktionsinitiative von Christsozialen und FREIEN WÄHLERN auch in die Ausbildung von mehr Notfallsanitätern investieren. Die Kollegin Becker hat es bereits angeführt: 50 zusätzliche Auszubildende und auch noch die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze für zusätzlich 100 junge Menschen als Notfallsanitäter. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

Bei der Polizei stellen wir für die Beschaffung von mobilen Endgeräten für die Ausbildung Mobile Police 600.000 Euro zusätzlich zur Verfügung. Zu nennen sind auch die Beschaffung des Fahrsimulators bei der Bereitschaftspolizei in Nürnberg sowie die Beschaffung von USK-Einsatzanzügen. Mit ihnen kommt zu den zwei Anzügen ein dritter hinzu. Auch der Pilotversuch "Sicherung digitaler Fahrzeugspuren" und der Umbau der Raumschießanlage in Ainring zu einer Tatort- und Spurensicherungsstraße am Fortbildungsinstitut sind zu nennen.

Meine Damen und Herren, ich könnte noch sehr viel mehr Dinge aufzählen, habe aber meine ablaufende Redezeit im Blick. Bayern ist sicher. Bayern ist mit diesem Einzelplan 03 gut aufgestellt. Wir stehen hinter unseren Kolleginnen und Kollegen von der Polizei und allen, die für unsere Sicherheit arbeiten. Deswegen bitte ich Sie: Stimmen Sie diesem Einzelplan zu.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Dremel, vielen Dank. – Frau Kollegin Demirel hat ihre Wortmeldung zurückgezogen. Deswegen spricht als Nächster der Abgeordnete Robert Riedl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Abgeordneter Riedl, bitte schön. Sie haben das Wort.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich heute die Gelegenheit nutzen, unserem Staatsminister zu gratulieren. Herr Herrmann, Sie sind heute 185 Monate und 14 Tage im Amt, nämlich seit dem 16. Oktober 2007. Sie sind sicherlich zu Recht so lange im Amt. Sie waren sich dieser langen Amtszeit selber vielleicht nicht bewusst. Sie sind der Minister mit der längsten Amtszeit. Sie sind das sicherlich nicht ohne Grund. Ich gehe davon aus, dass Sie noch länger im Amt bleiben werden. Ich glaube, dies ist einen Applaus von allen Fraktionen wert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU sowie Abgeordneten der SPD)

Es gibt diesen Spruch: Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von allen und schon gar nicht von mir. Auch ich möchte einige Sichtweisen zum Einzelplan 03 kundtun.

Wir FREIEN WÄHLER sehen uns als die Bürgermeisterpartei, die sich im Rahmen der fernen Münchner Politik für die Belange unserer ländlichen Regionen einsetzt. Wir kommen aus der Kommunalpolitik.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

– Möchten Sie etwas dazu sagen? Sie können mich nachher fragen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wir wissen, wie schwierig es ist, die abstrakten Vorgaben im Einzelfall umzusetzen. Wir können die Folgewirkungen von Gesetzen abschätzen. Unter diesem Blickwinkel haben wir den Haushaltsentwurf begleitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Leben gibt es immer diejenigen, die Probleme schaffen, und diejenigen, die sie meistern. Letztere sind in Bayern unsere Kommunen. Sie haben uns bislang durch die Migrationskrise und die aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine bestehenden Problemlagen gebracht. Doch auf ihren Schultern lasten noch größere Aufgaben, wie etwa die Umstellung des ÖPNV,

die Baupreissteigerungen, die Energiekrise und in näherer Zukunft auch Sanierungspflichten – um nur einige wenige Schlagworte zu nennen.

Eine große Belastung kommt vor allem auf Kommunen mit Schwimmbädern und Eishallen zu. Ich nenne als Beispiel meine Heimatstadt Bad Kötzing. Bad Kötzing hat ein großes Schwimmbad. Wir hatten dafür bisher Stromkosten in Höhe von 300.000 Euro, und jetzt sind sie auf 1,2 Millionen Euro gestiegen. Wir haben Rücklagen angreifen müssen und die geplante Erweiterung des Bades in ferne Zukunft rücken müssen.

Wir FREIE WÄHLER haben uns deshalb auf Landesebene in der Bayernkoalition für eine stärkere Finanzausstattung der Kommunen starkgemacht. Im Haushaltsplan finden sich viele Unterstützungsansätze. Zu nennen sind beispielsweise beim Katastrophenschutz die Förderung der Beschaffung von Sirenen und die Förderung eines App-basierten Systems zur Alarmierung von Ersthelfern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, daneben unterstützen wir unterschiedliche Projekte im Bereich Sport und Vereine, aber auch Sportgroßveranstaltungen und Einrichtungen des Sports, wie zum Beispiel die Sanierung der großen Kälbersteinschanze in Berchtesgaden, werden gefördert; denn hier vor Ort wird wesentliche gesellschaftliche und integrative Arbeit geleistet. Unser attraktives Vereinswesen ist für den ländlichen Raum unentbehrlich und die Keimzelle unserer bayerischen Lebensart. Deswegen haben wir die Vereinspauschale verdoppelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daher unterstützen wir den Haushaltsplan in seiner jetzigen Form. Er stellt die Grundlage für ein zukunftsfähiges Bayern dar, auch wenn sicherlich an der einen oder anderen Stelle noch weitere finanzielle Mittel eingesetzt werden müssten. So fordert die FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion schon länger die Einführung von Förderlotsen für unsere Kommunen, um diese unbürokratisch auf dem Weg durch die bayerische, die Bundes- und die europäische Förderlandschaft an die

Hand zu nehmen. Unser Vorschlag seitens des Gemeindetages wäre eine Ansiedlung bei den Bezirken.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Gestatten Sie mir noch einen letzten Satz?

(Franz Bergmüller (AfD): Nein!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bitte um Nachsicht, ich war bei allen Rednern streng. Ich bedanke mich aber für Ihre Rede.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich rufe als nächsten Redner den am längsten im Amt befindlichen Minister Staatsminister Joachim Herrmann auf. – Herr Staatsminister Herrmann, bitte schön, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich zunächst einmal herzlich für die insgesamt sehr konstruktive Aussprache zum vorliegenden Einzelplan 03 bedanken, der in der Tat natürlich auch eine breite Zustimmung in diesem Hohen Haus verdient hat; denn er gibt eine gute finanzielle Grundlage für die Fortsetzung einer insgesamt erfolgreichen Arbeit in den verschiedenen Bereichen.

Ich darf meinerseits den Dank an unsere Polizei bekräftigen, an unsere Feuerwehren und Rettungskräfte, an die Hauptamtlichen wie Ehrenamtlichen und auch all diejenigen, die sich in unseren Sportvereinen engagieren. Ich möchte ausdrücklich auch die Schützenvereine nennen, die zurzeit da und dort völlig unnötig diskriminiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich bedanke mich bei allen, die sich in der Integration in unserem Land engagieren; denn wir geben zwar seitens des Staates viel Geld aus, aber auch Integration funktioniert auf die Dauer nur dann, wenn sie in der Bevölkerung gelebt wird, wenn sich wirklich viele Frauen und Männer in unserem Land auch persönlich in der Integration von Menschen, die neu in unser Land gekommen sind, engagieren. An all diejenigen und viele andere, die man noch näher benennen könnte, sage ich ein ganz herzliches Dankeschön; denn dieses Land lebt nicht in erster Linie vom Staatshaushalt, sondern von großartigen Menschen, die in unserem Land aktiv sind. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich gerade das Thema Integration anspreche, will ich aber doch deutlich machen, was ich an den verschiedenen Beiträgen eigentlich am abseitigsten fand: Wenn vonseiten der AfD zum Bündnis für Toleranz, das in der Tat auch Mittel aus dem Einzelplan 03 erhält – wie übrigens aus mehreren anderen Ressorts auch, bis hin vom Landtag selbst –, erklärt wird, das Bündnis für Toleranz sei ein Bündnis für Linksextremismus,

(Andreas Winhart (AfD): Ja!)

dann ist das wirklich eine grobe Verzerrung der Situation. – Ja, im Bündnis für Toleranz arbeiten Menschen miteinander zusammen, die in vielen Alltagsfragen sicherlich ganz unterschiedliche Einstellungen haben. Sie setzen sich aber gemeinsam dafür ein, dass es zu den Grundlagen unserer Demokratie gehört, dass wir uns mit einem Mindestmaß an gegenseitigem Respekt begegnen; dass wir für Meinungsfreiheit und Glaubensfreiheit eintreten und dass dies zwingend immer auch bedeuten muss, dass ich mit meiner Überzeugung Respekt davor habe, dass ein anderer eine andere Überzeugung hat; dass unsere Gesellschaft, solange das im gesetzgeberischen Rahmen und im Rahmen der Strafgesetze bleibt, diese Freiheit auch weiter schützt;

(Andreas Winhart (AfD): Das wird mit Steuergeld bezahlt!)

dass wir das nicht nur auf das Gesetz beziehen, sondern dass wir zu dieser Toleranz stehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb ist es wichtig, dass dieser Staat neben dem Engagement aus vielen gesellschaftlichen Bereichen, den Kirchen und den Gewerkschaften usw., die Arbeit dieses großartigen Bündnisses aus dem Staatshaushalt mitfinanziert. Das braucht nicht als Aktion für Linksextremismus oder dergleichen diskriminiert zu werden, sondern das ist wichtig. Das gehört auch dazu, dass wir versuchen, unsere Demokratie jeden Tag wieder mit Leben zu erfüllen. Die Demokratie steht nicht nur in der Verfassung, sie muss von den Menschen gelebt werden. Es ist richtig, wenn wir uns dafür gemeinsam einsetzen.

Meine Damen und Herren, ich will gegenüber allen, die daran mitwirken, noch einmal dankbar festhalten: Morgen wird die Bundesinnenministerin mit der Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, der Kollegin Spranger aus Berlin, die bundesweite Kriminalstatistik vorstellen. Es gab in den einen oder anderen Medien schon Spekulationen darüber, was da verkündet werden wird. Wir können heute aber sicherlich schon annehmen, und die Überraschung darüber wird nicht allzu groß sein, dass Bayern auch im vergangenen Jahr wieder mit einer Kriminalitätsrate abgeschnitten hat, die deutlich besser als der Bundesdurchschnitt ist. Das Land Berlin selbst kann für uns gar kein Maßstab sein; die sind sicherlich wieder eher am Ende, die sind das Schlusslicht dieser Tabelle.

Auch wenn wir das inzwischen als quasi selbstverständlich gewohnt sind, will ich ausdrücklich unterstreichen, dass das nicht selbstverständlich ist. Das muss in der Tat jedes Jahr neu erarbeitet werden. Das ist das Ergebnis dessen, wie unsere Gesellschaft insgesamt miteinander umgeht. Es ist aber auch das Ergebnis einer großartigen Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten, eines großartigen Rechtsstaats, eines großartigen Engagements auch in unserer Justiz. Ich möchte mich dafür noch einmal

herzlich bedanken. Die Menschen in Bayern wissen es zu schätzen, dass sie im sichersten aller Bundesländer leben können. Wir wollen das auch in diesem Jahr fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir wollen auf dieser Basis weiterarbeiten. Ich bin – ich möchte das vor allen Dingen den beiden Regierungsfractionen sagen – für die nötige finanzielle Unterstützung, die die Sicherheitsbehörden und das Innenressort insgesamt in dieser Legislaturperiode erhalten haben, sehr dankbar. Ich bin insofern insbesondere von den Wortbeiträgen von SPD und GRÜNEN ein bisschen enttäuscht gewesen. Wenn man die verschiedenen Debatten der letzten Wochen verfolgt hat, dann konnte man den Eindruck haben, dass sich verschiedene Kolleginnen und Kollegen intensiv – das ist ja auch lohnenswert – mit dem Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN beschäftigt haben und damit, wie intensiv das schon alles umgesetzt ist; ich hätte mir da natürlich noch viel mehr Lobpreisungen, als sie von Herrn Runge gekommen sind, erwartet. Ich hätte mir erwartet, dass in der Tat festgestellt wird: Jawoll, vor fünf Jahren wurde versprochen, dass es jedes Jahr 500 zusätzliche Stellen für die bayerische Polizei gibt; jawoll, das wurde eingehalten, jedes Jahr gab es 500 zusätzliche Stellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Am Ende dieser Legislaturperiode soll die bayerische Polizei insgesamt einen Personalbestand von über 45.000 haben. Sie wird genau diesen Personalbestand in diesem Jahr erreichen und überschreiten: Mehr als 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Sicherheit der Menschen in unserem Land arbeiten, hat es in der Geschichte Bayerns noch nie zuvor gegeben. Diese Koalition hat das beschlossen, und sie hat es umgesetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich könnte Ihnen weitere Beispiele zeigen: Ja, wir haben das, was wir zu Beginn dieser Legislaturperiode gemeinsam versprochen hatten, konsequent umgesetzt. Ich glaube, das ist gut, das ist auch der richtige Weg für die weitere Entwicklung unseres Landes. Dafür ein ganz, ganz herzliches Dankeschön!

Ich bitte Sie alle, diesem guten Haushalt zuzustimmen, damit wir die erfolgreiche Arbeit für die Sicherheit der Menschen in unserem Land, für Integration und Sport auch erfolgreich fortsetzen können. – Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Staatsminister. – Es gibt noch eine Intervention des Kollegen Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion.

Oskar Atzinger (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister! Ich freue mich wirklich jedes Mal, wenn ich einen Polizisten sehe – außer vielleicht bei Verkehrskontrollen. Sie verkünden da aber voller Stolz, dass es in Bayern jedes Jahr 500 Polizisten mehr gibt. Sehen Sie das nicht auch als negativ, geradezu besorgniserregend an, dass wir jetzt in Bayern immer mehr Polizisten brauchen?

(Zuruf: Weil wir so viele Rechtsextremisten haben!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Entschuldigung, Herr Kollege, da haben Sie in den letzten Jahren offensichtlich irgendwas nicht ganz richtig verstanden. Das ist ja gerade die Stärke unseres Landes. Wir sind in der Tat schon seit einigen Jahren das sicherste aller Länder in Deutschland. Ich habe es aber auch an dieser Stelle hier, von diesem Platz aus, immer wieder betont: Das unterscheidet uns eben gerade von anderen Ländern, dass wir uns darauf nicht ausruhen und sagen: Na, sieht man ja, wir sind Nummer eins, wir haben die niedrigste Kriminalitätsrate, dann können wir uns jetzt ja irgendwelchen anderen Aufgaben zuwenden oder dergleichen, dann läuft es ja von selber. – Nein, wir haben zwar die niedrigste

Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote aller Länder; trotzdem ist in unserem Land natürlich weiterhin jedes Verbrechen eines zu viel. Ich sage immer klar: Niemand kann erwarten und niemand kann versprechen, dass es überhaupt keine Straftaten mehr gibt. Null Kriminalität gibt es nirgends auf der Welt. Aber es gilt, weiter daran zu arbeiten, dass die Menschen noch sicherer leben können. Wir sind – wohlge-merkt – gleichzeitig das Bundesland mit dem höchsten Bevölkerungswachstum. Wir haben Zuwanderung. Bei uns funktioniert das. Wir schaffen es gerade durch unsere aktive Sicherheitspolitik, dass wir die höchste Zuwanderung, die niedrigste Arbeitslo-senquote und die niedrigste Kriminalitätsrate aller Bundesländer haben.

Manche Kollegen insbesondere Ihrer Partei – ich weiß nicht, ob Sie persönlich – ver-suchen immer den Eindruck zu erwecken, dass zum Beispiel mehr Ausländer automa-tisch mehr Kriminalität bedeuten. – Nein, meine Damen und Herren, wir in Bayern de-monstrieren das: Bei uns gelingt Integration, bei uns gelingt es entsprechend auch, Ausländer in den Arbeitsmarkt zu integrieren und gleichzeitig die Kriminalität niedrig zu halten. Dafür stehen wir, dafür steht die bayerische Polizei. Deshalb ist genau die-ser Weg richtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haus-haltsplans 2023, Einzelplan 03, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26449 mit 18/26510, 18/26892, 18/26919 und 18/27978 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27946.

Ich lasse zunächst über die beiden Änderungsanträge, zu denen namentliche Abstim-mung beantragt wurde, abstimmen. Bitte verwenden Sie jeweils Ihr Abstimmgerät.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Berufsanerkennungsstellen stärken" auf der Drucksache 18/26466 in namentlicher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:00 bis 15:03 Uhr)

Sie haben noch zehn Sekunden. – Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Die drei Minuten sind zu Ende. Wir müssen jetzt aus technischen Gründen noch ein paar Momente warten, bis es mit der zweiten Abstimmung weitergehen kann. –

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann kann die nächste namentliche Abstimmung über den interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP betreffend "Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung" auf Drucksache 18/26473 beginnen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt hier zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:05 bis 15:07 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Ich kann im Augenblick schon das Ergebnis der ersten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Berufsanerkennungsstellen stärken" auf Drucksache 18/26466 bekannt geben. Mit Ja haben 51, mit Nein 95 Abgeordnete gestimmt. Es gab 12 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Jetzt muss ich die Sitzung leider einmal kurz unterbrechen, weil wir die Endabstimmung erst machen können, wenn das Ergebnis der zweiten namentlichen Abstimmung vorliegt; das dürfte aber ziemlich schnell der Fall sein.

(Unterbrechung von 15:07 bis 15:08 Uhr)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt kann ich auch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den interfraktionellen Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP betreffend "Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung" auf Drucksache 18/26473 bekannt geben. Mit Ja haben 66, mit Nein 95 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt, das heißt, wir können die Abstimmung wieder aufnehmen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 03 selbst. Der Einzelplan 03 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/27946 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Danke schön. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen! – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Ich sehe im Augenblick niemanden. Damit ist der Einzelplan 03 so beschlossen.

(Beifall bei der CSU – Staatsminister Joachim Herrmann: Danke!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Staatsminister, damit können Sie über die Mittel verfügen, die Sie brauchen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wird, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 11)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN, die AfD, die SPD, die FDP und die beiden Herren Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos) und der Herr Busch (fraktionslos). Der sitzt immer so weit links. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/27946 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26495 mit 18/26510, 18/26892, 18/26919 und 18/27978 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 03 endgültig abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2023; hier: Berufsanerkennungsstellen stärken (Kap. 03 12 Tit. 686 61) (Drucksache 18/26466)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Enghuber Matthias		X	
Adjei Benjamin	X			Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina	X		
Arnold Horst	X			Fischbach Matthias			X
Atzinger Oskar		X		Flierl Alexander			
Aures Inge	X			Flisek Christian	X		
Bachhuber Martin		X		Franke Anne	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl		X	
Bauer Volker		X		Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen				Friedl Patrick	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara	X		
Bayerbach Markus				Füracker Albert		X	
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard		X	
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Güller Harald	X		
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian				Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus				Hagen Martin			X
Busch Michael			X	Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Hauber Wolfgang		X	
Demirel Gülseren	X			Haubrich Christina	X		
Dorow Alex		X		Hayn Elmar	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert			X	Dr. Herrmann Florian		X	
Ebner-Steiner Katrin		X		Herrmann Joachim		X	
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang			X
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian	X		
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra			
Enders Susann				Hintersberger Johannes		X	
				Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			X
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	51	95	12

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u. a. und Fraktion SPD, der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2023; hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung (Kap. 03 12 Tit. 684 54) (Drucksache 18/26473)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Enghuber Matthias		X	
Adjei Benjamin	X			Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina	X		
Arnold Horst	X			Fischbach Matthias	X		
Atzinger Oskar		X		Flierl Alexander			
Aures Inge	X			Flisek Christian	X		
Bachhuber Martin		X		Franke Anne	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl		X	
Bauer Volker		X		Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen				Friedl Patrick	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara	X		
Bayerbach Markus	X			Füracker Albert			
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard		X	
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Güller Harald	X		
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian				Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus	X			Hagen Martin	X		
Busch Michael	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Hauber Wolfgang		X	
Demirel Gülseren	X			Haubrich Christina	X		
Dorow Alex		X		Hayn Elmar	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian			
Ebner-Steiner Katrin		X		Herrmann Joachim		X	
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian	X		
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra			
Enders Susann				Hintersberger Johannes		X	
				Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	66	95	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausreichend Sportvereinschecks für Bayern sicherstellen
(Kap. 03 03 TG 91 neuer Tit.)
Drs. 18/26449
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verstärkung der Information und Aufklärung über die neuen Möglichkeiten der Einbürgerung
(Kap. 03 12 Tit. 531 52)
Drs. 18/26450
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Verstärkung der Information und Aufklärung über Hilfen bei Verfolgung durch iranische Behörden in Bayern
(Kap. 03 12 Tit. 531 52 und Tit. 531 54)
Drs. 18/26451
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Erhöhung der Entschädigung für Angehörige der Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 Tit. 427 76)
Drs. 18/26452
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sonderfahrkarten für Polizeibedienstete im Freistaat Bayern
(Kap. 03 18 Tit. 682 02)
Drs. 18/26453

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Feuerwehrrhäuser sanieren
(Kap. 03 23 Tit. 883 02)
Drs. 18/26454
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Öffentlichkeitsarbeit Rettungsdienst
(Kap. 03 24 Tit. 547 03)
Drs. 18/26455
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Stefan Schuster, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Erhöhung der sachlichen Verwaltungsausgaben für Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen und Inklusionsbetriebe
(Kap. 03 26 Tit. 547 26)
Drs. 18/26456
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beschaffung und Unterhalt von Tieren
(Kap. 03 18 Tit. 511 24)
Drs. 18/26457
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für die unteren Bauaufsichtsbehörden zur Erneuerung der Hard- und Software
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 18/26458
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
(Kap. 03 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/26459
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stellen für eine Lehrgruppe zur Aus- und Fortbildung der Führungsgruppen im Katastrophenschutz
(Kap. 03 08 Tit. 422 01)
Drs. 18/26460

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Arbeit der Ausländerbehörden vor Ort stärken und verankern
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/26461
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Waffenkontrollen durch die Landratsämter
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/26462
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Personalausstattung der unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/26463
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sprachkurse für geflüchtete Frauen flächendeckend ermöglichen
(Kap. 03 12 Tit. 684 58)
Drs. 18/26464
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Psychosoziale Zentren nachhaltig finanziell sichern
(Kap. 03 12 Tit. 685 54)
Drs. 18/26465
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Berufsanererkennungsstellen stärken
(Kap. 03 12 Tit. 686 61)
Drs. 18/26466
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Unterstützung für die Kommunen jetzt – Geflüchtete in Bayern
menschenswürdig aufnehmen und bei der Integration unterstützen
(Kap. 03 13 Tit. 633 01)
Drs. 18/26467
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Keine weitere Finanzierung von Sicherheitswachen
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 18/26468

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sanierung von Feuerwehrhäusern fördern
(Kap. 03 23 Tit. 883 02)
Drs. 18/26469
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sirenen-System in Bayern weiter ausbauen
(Kap. 03 24 Tit. 883 05)
Drs. 18/26470
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: PSNV-E – Psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte im Katastrophenschutz
(Kap. 03 24 neuer Tit.)
Drs. 18/26471
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bessere Ausstattung von Feuerweherschulen
(Kap. 03 26 Tit. 812 01)
Drs. 18/26472
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD), Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung
(Kap. 03 12 Tit. 684 54)
Drs. 18/26473
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD), Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Institutionelle Förderung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 03 12 neuer Tit.)
Drs. 18/26474
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 03 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/26475

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 03 02 Tit. 701 11)
Drs. 18/26476
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragte der Staatsregierung
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)
Drs. 18/26477
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 03 03 Tit. 547 07)
Drs. 18/26478
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 18/26479
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Abschiebekosten
(Kap. 03 11 Tit. 533 01)
Drs. 18/26480
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Maßnahmen zur Förderung von Ausbildung und Arbeit im Bereich der Integration
(Kap. 03 12 Tit. 686 61)
Drs. 18/26481
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Maßnahmen zur Erstorientierung, Wertevermittlung und Sprachförderung für Asylbewerber und sonstige Ausländer, bleibeberechtigte Zuwanderer sowie weitere Integrationsbedürftige
(Kap. 03 12 TG 58)
Drs. 18/26482

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, sonstigen Ausländern und bleibeberechtigten Zuwanderern
(Kap. 03 12 TG 54-56)
Drs. 18/26483
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Mieten, Pachten, Bewirtschaftung
(Kap. 03 13 Tit. 517 01, 517 05 u. 518 01)
Drs. 18/26484
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Ausgaben für Sicherheit
(Kap. 03 13 Tit. 517 11)
Drs. 18/26485
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VI – Forschungsaufträge und Informationsmaterial
(Kap. 03 13 Tit. 526 21 und Kap. 03 13 Tit. 531 21)
Drs. 18/26486
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VII – Mehraufwandspauschale der Kassenärztlichen Vereinigung
(Kap. 03 13 Tit. 633 09)
Drs. 18/26487
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VIII – Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Hausverwalterpauschale
(Kap. 03 13 Tit. 633 10)
Drs. 18/26488
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IX – Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 03 13 Tit. 633 01)
Drs. 18/26489

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds X – Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte
(Kap. 03 13 Tit. 671 01)
Drs. 18/26490
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 18/26491
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 17 Tit. 428 01)
Drs. 18/26492
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/26493
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 20 Tit. 422 01)
Drs. 18/26494